Beschluss

VO/BV/40-0596/2018

Status: öffentlich

Innenbereichssatzung Bliesekow (Klarstellungssatzung), Satzungsbeschluss	
Amt / Sachbearbeiter/in: Fachbereich Bauverwaltung / Herr Drews	Erstellungsdatum: 21.02.2018

Beratungsfolge:		Beschluss Nr.:
Datum der Sitzung	Gremium	
15.11.2017 Stäbelow	Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt	
21.02.2018 Stäbelow	Ausschuss für Gemeindeentwicklung, Bau, Verkehr und Umwelt	
07.03.2018	Gemeindevertretung Stäbelow	

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevertretung beschließt gem. § 34 (4) S. 1 Nr. 1 BauGB i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 i.V.m. § 5 der Kommunalverfassung M-V vom 13. 07.2011 (GVOBl. M-V 2011, S. 777) die Klarstellungssatzung für die Ortslage Bliesekow (Anl. 1). Die zugehörige Begründung wird gebilligt.
2. Die Satzung ist durch ortsübliche Bekanntmachung dieses Beschlusses in Kraft zu setzen.

Beratungsergebnis:

Gremium:

Sitzung am:

TOP:

☐ Einstimmig	☐ laut Beschlussvorschlag
☐ mit Stimmenmehrheit	☐ Abweichender Beschlussvorschlag

Ja-Stimmen: _____
 Nein-Stimmen: _____
 Stimmenenthaltungen: _____

Problembeschreibung/Begründung:

In der Ortslage Bliesekow ist auf dem Baugrundstück Feldweg 1 eine Neubebauung beabsichtigt. Die Zugehörigkeit des Grundstücks zum Innenbereich und insoweit das Vorliegen der planungsrechtlichen Zulassungsvoraussetzungen des Vorhabens unterliegt Zweifeln.

Mit einer Klarstellungssatzung (Innenbereichssatzung nach § 34 (4) S. 1 Nr. 1 BauGB) können diese Zweifel ausgeräumt und das Baugenehmigungsverfahren von der grundsätzlichen Frage der Zulässigkeit einer Neubebauung entlastet werden.

Der planungsrechtliche Status der Ortslage Bliesekow als zusammenhängend bebauter Ortsteil ist dabei unstrittig. Jedoch bedarf die konkrete Abgrenzung zwischen Innen- und Außenbereich nicht nur bei dem Grundstück Feldweg 1 einer Klarstellung.

In einer Vorabstimmung am 10.01.2018 im Planungsamt des Landkreises wurden die Anwendungsvoraussetzungen für diese Klarstellungssatzung und die detaillierte Festlegung der Innenbereichsgrenzen erörtert, um der Gemeinde eine rechtssichere Entscheidung zu ermöglichen. Ohne das Bestehen einer Rechtspflicht wurde dabei auch empfohlen, der Satzung eine Kurzbegründung beizufügen und hier Beurteilungsergebnisse und Besonderheiten der Innenbereichsgrenzen zu erläutern.

Die Aufstellung einer Klarstellungssatzung ist frei von einem formlichen Aufstellungsverfahren, weil die bestehende Rechtssituation nur festgestellt und nicht verändert wird. Es genügt deshalb eine einmalige Beschlussfassung und Inkraftsetzung der Satzung.

Finanzielle Auswirkungen

(X) Keine, die Kosten trägt der Investor

Einvernehmen erteilt
Bürgermeister
Herr Bull

fachliche Richtigkeit
Fachbereichsleiter Bauverwaltung
Herr Breitrück

haushaltsrechtliche Richtigkeit
Fachdienstleiterin Finanzverwaltung
Frau Dr. Simon

Anlagen: Satzung und Begründung

Bemerkung:

Aufgrund des § 24 Abs. 1 der Kommunalverfassung haben folgende Abgeordnete weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung mitgewirkt:

.....
Bürgermeister

.....
stellv. Bürgermeister/in